

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1948**

166 (26.11.1948)



3. Jahrgang Nr. 166 BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN Freitag, 26. 11. 48

Warnung an Deutschland

Die New York Times, die größte Zeitung der Vereinigten Staaten, schreibt in einem Leitartikel, der überschrieben ist „Warnung an Deutschland“ unter anderem folgendes: Wenn es ein Land in der Welt gibt, das aus den Ereignissen nach dem ersten Weltkrieg Folgerungen ziehen sollte, so sei es Deutschland. Diese Ereignisse hätten auch eine Ursache in der deutschen inneren Organisation, die einem Irrsinnigen die Möglichkeit gegeben habe, sich einer Nation zu bemächtigen und die ganze Welt mit Überlegung und bösartiger Voraussicht in den Krieg zu stürzen. Die Weimarer Verfassung brachte das Listenwahlgesetz zur Geltung, welches eine Scheidung zwischen Wahlwerbenden und ihrem Wähler schafft und nicht nur die Partei zur höchsten Instanz gemacht, sondern Parteinteressen über Landesinteressen gestellt habe. Das habe zwar dem Ehrgeiz berufsmäßiger Politiker gedient, die Wählerschaft aber in mehr als 20 Parteien atomisiert, das Parlament in eine Sackgasse gedrängt, die Koalitionsregierungen lahmgelagt und das Volk so mit Ekel erfüllt, daß es die Demokratie über Bord geworfen und einem Diktator ermöglicht habe, sich in den Sattel zu setzen. Trotz alledem und trotz des erneuten Durchbruchs dieser Übel in Frankreich seien die Deutschen nicht allein zu diesem System zurückgekehrt, sondern seien im Begriff, es in ihre neue Verfassung einzubauen, die jetzt in Bonn ausgearbeitet werde. In europäischen Ländern habe die Verhältniswahl im Sinne demokratischer Wahllegung gewirkt, indem sie die Länder durch grundsätzliche Differenzen aufgespalte habe, ohne die Völker an wechselseitige Ausgleichung und an das demokratische Prinzip des Gebens und Nehmens zu gewöhnen. Niemand sei sich hierüber klarer als die Kommunisten, die, wo sie nicht das Heft in der Hand haben, darauf hinarbeiten, nicht allein die politischen Parteien, sondern auch andere demokratische Organisationen durch die Verhältniswahl zu repräsentieren, bis sie soweit sind, alle Parteien mit Ausnahme der eigenen zu unterdrücken und einen Einpartei-Staat aufzurichten zu können.

Die „New York Times“ fährt in ihrem Artikel fort: Aus diesem Grund habe im Einklang mit dem, was General de Gaulle in Frankreich predigt, der frühere deutsche Reichskanzler und Botschafter in Washington, Dr. Hans Luthar, sich beim Parlamentarischen Rat in Bonn dafür eingesetzt, man möge dieses unheilvolle System fallen lassen und das einfache Mehrheitswahlrecht der Vereinigten Staaten annehmen, das seit 120 Jahren eine stabile Regierung gewährleistet hat. Parlamentarismus und Verhältniswahl, so hat Luther den Delegierten gesagt, schließen sich gegenseitig aus, und Demokratie ist überall dem Untergang geweiht, wo die Verhältniswahl herrscht. Der Artikel der New York Times schließt mit folgendem Satz: „Die Delegierten in Bonn jedoch haben sich nicht überzeugen lassen und scheinen, es sei denn, daß sie durch Einfluß von außen von ihrem Wege abgebracht werden, entschlossen, sich diesem System zu begeben, der größtenteils für den Untergang ihrer Republik verantwortlich ist.“ (Dena)

Nur verlorene Schlacht? Die Vereinigten Staaten haben in China eine Schlacht verloren, die man nicht bezweifeln wird. Vielmehr muß gefragt werden, ob in China nicht mehr verloren wurde als eine Schlacht. Die Siege der kommunistischen Armee, die jetzt zum Herzen Chinas, dem Yangtse-Tal, vorstoßen, sind nicht nur Erfolge der besseren Kriegführung der kommunistischen Armee, sondern auch der besseren Ausrüstung ihrer Truppen. Wie man sich überhaupt hüten muß, den ganzen Komplex China mit Schwarz-Weiß-Material darzustellen, der Versuch, eine Darstellung dieses Problems zu vereinfachen, muß es nur verwirren erscheinen lassen. Zwar stehen sich, im großen gesehen, die Kuo-Mintang und die Kommunisten gegenüber, aber Tschiangkaikschek und Chou En-lai und Mao Tse-tung haben die kommunistischen Armeen rekrutieren sich aus den Bauern des Innern und Äußeren Mongolei, den Soldaten nordchinesischer Provinzgeneräle, Studenten, Unzufriedenen und Verarmten.

Ihre Forderungen sind: Beteiligung an der Regierung, Anerkennung einer Sonderstellung auf wirtschaftlichem und militärischem Gebiet in Nordchina, Verbot der Parteigruppen des alten feudalen

China — der Großgrundbesitzer, Beamten, Bankiers und Militärs. Gewiß werden diese Truppen von Leuten geführt, die ihre Ausbildung in Moskau erfahren haben. Gewiß sind sie mit russischem Material ausgerüstet. Aber der chinesische Agrarkommunismus beruht auf anderen Voraussetzungen und hat andere Ziele als das russische System der Kolchosen und Sowchosen.

Außenminister Marshalls Versuch, zwischen Kuo-Mintang und Kommunisten einen Kompromiß herbeizuführen scheiterte an der Starrköpfigkeit beider Parteien. Der Krieg ging weiter, Mandchurien und Nordchina sind in den Händen der Kommunisten, und man fragt sich, ob und wie der Verlust ganz Chinas abgewendet oder ausgeglichen werden kann.

Eine Unterstützung Tschiangkaikscheks durch Material und Waffen würde Unsummen — man spricht von 10 Milliarden Dollar — verschlingen. Sehr wahrscheinlich ist es aber bereits zu spät für eine Hilfe dieser Art. Die Ablenkung der amerikanischen Aufmerksamkeit durch „Erregung öffentlichen Argernisses“ um Berlin scheint geglückt.

Da es in China — und natürlich auch in Europa — nicht nur um Strategie, sondern um Absetzmärkte geht, wird man in Amerika nach anderen Lösungen suchen. Vielleicht wird man wieder auf das System der Auslandskonzessionen zurückgreifen, also von Brückenköpfen, die Stützpunkte und Handelskontore zugleich sein können.

Jedenfalls aber kann man annehmen, daß auf eine Art wirtschaftlichen Waffenstillstandes hingearbeitet wird, der im Interesse beider, Rußlands wie Amerikas, liegen muß. Sinn und Dauer bekäme dieser Waffenstillstand freilich nur bei einer weltumfassenden Abgrenzung der Interessensphären, bei der beide Parteien Konzessionen machen müßten. Diese würde für Deutschland allerdings eine längere Teilung mit sich bringen. H. B.

Trüber November in Niedersachsen

(Von unserem niedersächsischen Korrespondenten) Obwohl Parteien und Verbände wie anderswo, so auch in Niedersachsen in Versammlungen, Kundgebungen und Reden der Novemberstürme der Vergangenheit gedachten, je nach dem Standpunkt zu den Problemen der Gegenwart und Zukunft, ist heute von solchen unwirklichen Bewegungen in diesem neuen Lande der britischen Zone nichts zu spüren.

Von Hjalmar Schachtschabel, Niederlassung im Norden des Landes nach der Hannoveraner kaum Notiz und es beruhte ihn auch nicht, daß alle beteiligten Instanzen in der Erwartung, Hitlers Reichsbankpräsidenten erneut zu verhaften, nach dem Motto reagierten: „Hannemann, geh du voran.“ Es fand sich kein couragierter Hannemann, sondern nur eine Art von „Junge Garde“, der es anscheinend nicht schwer fiel, einige Besucher einer Wahlerversammlung in Winsen a. d. Luhe zu hindern, ihren erneut belasteten „Führer“ in einer Schubkarre an die Ortsgrenze oder ins Spritzenhaus zu expedieren. Die kleinen Hannemann von Winsen zogen unrichtiger Sache von dannen.

Trübe Novemberstimmung erscheint auch als passender Ausdruck in bezug auf den bisherigen Verlauf des Wahlkampfes für die am 28. ds. Ms. stattfindenden Gemeinde- und Kreiswahlen. Die Argumente dieses Kampfes kommen nicht aus einer leuchtenden Volksseele der Niedersachsen ihrer Kommunal- und Landespolitik wegen, sondern werden im wesentlichen der größeren Politik entnommen. Der Frankfurter Wirtschaftsrat, die Preise, die Löhne, die Wirtschaft, die Berliner Frage, der Marshallplan müssen die Argumente liefern und diejenigen werden wohl recht behalten, die auf keine wesentliche Veränderung tippen.

Auch die berühmte „Oldenburger Frage“ hat keine Stimmengewinnung gebracht. 2 Jahre besteht Niedersachsen nun und die einverleibten Oldenburger fühlen sich zu einem großen Teil immer noch unbehaglich. Ob zu recht oder unrecht, sei hier nicht entschieden. Jedenfalls haben diejenigen, welche voll Nervosität aus einer „Verblüffung“ die „Gefahr eines größeren Widerstandskreises“ herleiteten, kein Recht bekommen. Auch die Oldenburger einfachen keinen Novembersturm.

Dringlicher ist die Entscheidung über den neuen Kultusminister, nachdem Minister Grimme, von vielen als die stärkste Persönlichkeit des Kabinetts bezeichnet, nur seine neue Stellung im N.W.D.R. bezogen hat. Der als Nachfolger

ständige Zeitendenz, eine Vorliebe, die auf Klarheit, Durchsichtigkeit, auf soziale Gegenseitigkeit, Proportionierung der privaten Rechte und öffentlichen Pflichten, Einklang von Natur und Geist, Leib und Seele, Sinnlichkeit und Transzendenz hinzieht. Wir sehen Material und Konstruktion im reinen Einverständnis, horizontale Schwere erleichtert oder aufgehoben durch vertikale Strebung, baulich gewaltige Volumen durch differenziertes Fensterwerk und ingenieus Gliederung der Innere und Annexe grazil gemildert, die Innenräume leicht und schwebend gemacht durch klare, von Licht gleichmäßig gekühlte Wände, denen unproffilierte Türen und Fenster gefügige Elemente sind.

Sie ist höflich, diese Architektur, und mehr als das: sie spiegelt die menschliche Haltung zum Menschlichen, ja zu allem Geschöpflichen wider. Sie ist human, sie ist urban, sie ist, dank einer langen Denktradition, anonym christlich. So umgibt sie sorgsam, die im Gelände bereits vorhandenen Bäume, schmiegelt sich mit feiner Gebärde um sie herum oder bleibt dezent vor ihnen stehen. Ihr vieles Weiß und helles Grau und der Glanz ihrer gläsernen Flächen leuchtet beglückend durch den Schleier des begründeten oder dunkelkalten Geists. Das flache Dach, ästhetisch ein Reiz und hygienisch ein Gewinn, entsteht es doch aus der verhältnismäßig ungebundenen Konstruktion des Hauskettas meist wie von selbst.

Der Siedlungsbau, zimal auf dem Lande, ist, gegen das Werk der Großstadt gesehen, noch voller Frage.

ständige Zeitendenz, eine Vorliebe, die auf Klarheit, Durchsichtigkeit, auf soziale Gegenseitigkeit, Proportionierung der privaten Rechte und öffentlichen Pflichten, Einklang von Natur und Geist, Leib und Seele, Sinnlichkeit und Transzendenz hinzieht. Wir sehen Material und Konstruktion im reinen Einverständnis, horizontale Schwere erleichtert oder aufgehoben durch vertikale Strebung, baulich gewaltige Volumen durch differenziertes Fensterwerk und ingenieus Gliederung der Innere und Annexe grazil gemildert, die Innenräume leicht und schwebend gemacht durch klare, von Licht gleichmäßig gekühlte Wände, denen unproffilierte Türen und Fenster gefügige Elemente sind.

Sie ist höflich, diese Architektur, und mehr als das: sie spiegelt die menschliche Haltung zum Menschlichen, ja zu allem Geschöpflichen wider. Sie ist human, sie ist urban, sie ist, dank einer langen Denktradition, anonym christlich. So umgibt sie sorgsam, die im Gelände bereits vorhandenen Bäume, schmiegelt sich mit feiner Gebärde um sie herum oder bleibt dezent vor ihnen stehen. Ihr vieles Weiß und helles Grau und der Glanz ihrer gläsernen Flächen leuchtet beglückend durch den Schleier des begründeten oder dunkelkalten Geists. Das flache Dach, ästhetisch ein Reiz und hygienisch ein Gewinn, entsteht es doch aus der verhältnismäßig ungebundenen Konstruktion des Hauskettas meist wie von selbst.

Der Siedlungsbau, zimal auf dem Lande, ist, gegen das Werk der Großstadt gesehen, noch voller Frage.

ständige Zeitendenz, eine Vorliebe, die auf Klarheit, Durchsichtigkeit, auf soziale Gegenseitigkeit, Proportionierung der privaten Rechte und öffentlichen Pflichten, Einklang von Natur und Geist, Leib und Seele, Sinnlichkeit und Transzendenz hinzieht. Wir sehen Material und Konstruktion im reinen Einverständnis, horizontale Schwere erleichtert oder aufgehoben durch vertikale Strebung, baulich gewaltige Volumen durch differenziertes Fensterwerk und ingenieus Gliederung der Innere und Annexe grazil gemildert, die Innenräume leicht und schwebend gemacht durch klare, von Licht gleichmäßig gekühlte Wände, denen unproffilierte Türen und Fenster gefügige Elemente sind.

Sie ist höflich, diese Architektur, und mehr als das: sie spiegelt die menschliche Haltung zum Menschlichen, ja zu allem Geschöpflichen wider. Sie ist human, sie ist urban, sie ist, dank einer langen Denktradition, anonym christlich. So umgibt sie sorgsam, die im Gelände bereits vorhandenen Bäume, schmiegelt sich mit feiner Gebärde um sie herum oder bleibt dezent vor ihnen stehen. Ihr vieles Weiß und helles Grau und der Glanz ihrer gläsernen Flächen leuchtet beglückend durch den Schleier des begründeten oder dunkelkalten Geists. Das flache Dach, ästhetisch ein Reiz und hygienisch ein Gewinn, entsteht es doch aus der verhältnismäßig ungebundenen Konstruktion des Hauskettas meist wie von selbst.

Der Siedlungsbau, zimal auf dem Lande, ist, gegen das Werk der Großstadt gesehen, noch voller Frage.

Opposition im bayerischen Parlament

Die innenpolitische Lage in Bayern beginnt sich von Woche zu Woche zuspitzen. Bei einer Betrachtung der Entwicklung ist man gehalten, das offizielle Kräfteverhältnis in Bayern scharf von den eigentlich bestehenden Kräftegruppierungen zu trennen. Wenn es auf Grund dieser Entwicklung noch nicht zu größeren politischen Auseinandersetzungen und Entscheidungen kam, so ist dies vielfach der allgemein anerkannten Persönlichkeit des jetzigen bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Hans Ehard zuzuschreiben.

Die CSU als Regierungspartei versucht unter Aufbietung aller Kräfte, die von ihr vor zwei Jahren errungenen starken Positionen, wie sie sich vor allem in ihrer absoluten Landtagsmehrheit ausdrücken, zu verteidigen. Trotzdem ist nicht zu leugnen, daß die offizielle Kräfteverteilung, wie sie zur Zeit in Regierung und Landtag zur Geltung kommt, nicht mehr den gegebenen Verhältnissen entspricht. Diese Wandlung der Kräfte hat einen mifgeangenen, der auch durch die Tatsache einer verantwortlichen Tätigkeit der CSU als alleinige Regierungspartei und dem damit verbundenen Verschleiß an politischer Zugkraft nicht zu begründen ist. Wesentlich trug zu dieser Entwicklung die starke Flügelbildung der CSU und die sich daraus entwickelnden Differenzen, die zu häufig auf das Gebiet der persönlichen Verunglimpfungen abglitten, bei. Eben diese Differenzen veränderten oft die mögliche volle Machtausübung der CSU eine sich politisch sehr hemmend zeigende Erscheinung. So stand die Tätigkeit der stärksten bayerischen Partei besonders nach ihrer alleinigen Regierungsübernahme im Zeichen einer inneren Schwäche und nur die ebenfalls nicht gerade besonders sichere und zielstrebende Politik der zweitstärksten bayerischen Partei, der SPD, verhinderte bisher größere Auswirkungen dieser Situation. Ein Teil der CSU, die sich politisch sehr hemmend zeigende Erscheinung. So stand die Tätigkeit der stärksten bayerischen Partei besonders nach ihrer alleinigen Regierungsübernahme im Zeichen einer inneren Schwäche und nur die ebenfalls nicht gerade besonders sichere und zielstrebende Politik der zweitstärksten bayerischen Partei, der SPD, verhinderte bisher größere Auswirkungen dieser Situation.

Wenn zu Beginn dieses Jahres der Versuch einer Volksregierung durch Landtagsauflösung einzuleiten, so ist die Lage heute wesentlich anders. Noch ist die Front aller Oppositionsparteien zur Erreichung dieses Zieles nicht geschlossen. Die CSU hat sich zwar bereit erklärt, im Gegenteil wehrt sich die SPD, etwa mit der KPD oder der Bayernpartei gemeinsam die Landtagsauflösung einzuleiten und macht ihr Volksbegehren von der politischen Position nicht abhängig. Es bleibt jedoch durch die von der CSU formulierten und fast unüberwindlichen Bestimmungen des bayerischen Landeswahlgesetzes, das auch Volksbegehren und Volkenscheide einschließt, sehr zweifelhaft, ob die SPD die notwendigen Massen hinter sich bringen wird. Sollten sich jedoch in irgend einer Form Möglichkeiten zu einem gemeinsamen Vorgehen der Opposition finden — und dies scheint notwendig zu sein, falls die oppositionellen Kräfte nicht auf die Erreichung ihres Zieles verzichten wollen, so steht eine Landtagsauflösung in Bayern bei den zur Zeit gegebenen Verhältnissen außer Zweifel. Da hierbei nicht nur die Kommunisten wieder in den Landtag einzubringen erwünscht, sondern auch als Schreckgespenst aller anderen Parteien eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Sitzen und noch mehr an Einfluß erringen würde, wäre nicht nur innenpolitisch eine Änderung der politischen Konstellation, sondern auch im außerbayerischen Raum eine veränderte Haltung in Richtung einer Verständigung des bayerischen Standpunktes zu erwarten. Allgemein werden in diesem Falle drei etwa gleich starke Parteien, nämlich CSU, SPD und Bayernpartei, die sich von einer neuerlichen Koalitionsregierung verabschieden.

Die Aussichten auf Neuwahlen sind schon deshalb nicht gering, weil sich bei der SPD, KPD und Bayernpartei für eine Auflösung des Landtags aussprechen und auch die kleineren Parteien aus parteipolitischen Gründen sich kaum auf die Seite der CSU schalten werden. Nimmt man noch hinzu, daß auch in Bayern sehr starke und bereits gut organisierte Pflichtlingsmassen in dieser Richtung arbeiten, so neigt sich das Schwerkergewicht der politischen Entwicklung absolut auf die Seite einer Bereinigung der Kräfteverteilung. Dabei ist es noch nicht einmal sicher, ob die sich in letzter Zeit unter dem Druck der Verhältnisse geschlossener zeigende CSU in dieser Frage einig bleibt, da ihre Geschlossenheit nicht darüber hinwegtäuschen darf, daß die politischen und persönlichen Gegensätze innerhalb der CSU nach wie vor bestehen. Die schon erwähnten steigenden sozialen Spannungen, wie sie sich u. a. auch in der immer heftiger werdenden Auseinandersetzung zwischen den bemerkbar machen. Könnten in der ganzen Frage ein überiges tun.

Stehet in Chicago fand kürzlich die AEP der Jahreskonferenz der amerikanischen Liga zum Schutze der Fußgänger statt. Er befaßte sich mit der Frage der Verkehrssicherung zu überlegen, in der harte Strafmassnahmen gegen wilde Autofahrer gefordert werden. Die Präsidentin der Tagung, Frau Hedra, erklärte, daß die Sicherheit der Fußgänger auf dem Nachhauseweg von einem Auto überfahren. Als sie in der Klinik wieder zu sich kam, waren ihre ersten Worte, daß sie sich eine Schindlung ihres Unfalles beifügen.

Sicher ist sicher, in Melbourne werden die AEP den Neugeborenen neuerdings ihre Namen auf die Fußsohlen tätowiert. Früher wurde er auf ein Stoffband geschrieben, das die Säuglinge um den Arm trugen. Das Verbot der Tätowierung ist jedoch nicht aus, daß es beim Zerreißen der Bänder zu Kinderwundchen kommen kann.

Siebstel in Pietermaritzburg in Südafrika nahm H. AEP ein billardähnliches Spiel in den Mund und behauptete, daß niemand es fertigbrachte, es ihm gekunstet. Einer der Mitspieler wollte das Kunststück trotzdem — berücksichtig, hat eine lebenswichtige, entscheidende Aufgabe zu lösen. Es ist dieses die Aufgabe, in ein stabiles, die Interessen beider Völker berücksichtigendes, der Lage Deutschlands entsprechendes Verhältnis auch zur Sowjetunion zu kommen. In ihrer praktischen Politik aber stört die KPD die Lösung dieses Problems erheblich, indem sie durch eine Spaltungspolitik die Entwicklung einer Demokratie stützende Kraft erheblich behindert. Sie stört und hindert, indem sie sich zwar aktiv des Interesses der SU annimmt, aber auf die gleiche aktive Vertretung der spezifischen Interessen der deutschen arbeitenden Menschen und auf einen Ausgleich der beiderseitigen Interessen verzichtet. Sie handeln durch ihre Politik damit praktisch auch gegen die Interessen der SU selbst, in deren objektiven Interesse es nicht liegen kann, daß keine Kraft in Deutschland entsteht, die das Verhältnis SU-Deutschland positiv zu gestalten vermag.

Es scheint — wie vor 1933 — das Geschick der Kommunisten und der SU zu sein, den Ast abzuzügnen, auf dem sie sitzen.

Interessantes in Kürze

Stehet in Chicago fand kürzlich die AEP der Jahreskonferenz der amerikanischen Liga zum Schutze der Fußgänger statt. Er befaßte sich mit der Frage der Verkehrssicherung zu überlegen, in der harte Strafmassnahmen gegen wilde Autofahrer gefordert werden. Die Präsidentin der Tagung, Frau Hedra, erklärte, daß die Sicherheit der Fußgänger auf dem Nachhauseweg von einem Auto überfahren. Als sie in der Klinik wieder zu sich kam, waren ihre ersten Worte, daß sie sich eine Schindlung ihres Unfalles beifügen.

Sicher ist sicher, in Melbourne werden die AEP den Neugeborenen neuerdings ihre Namen auf die Fußsohlen tätowiert. Früher wurde er auf ein Stoffband geschrieben, das die Säuglinge um den Arm trugen. Das Verbot der Tätowierung ist jedoch nicht aus, daß es beim Zerreißen der Bänder zu Kinderwundchen kommen kann.

Siebstel in Pietermaritzburg in Südafrika nahm H. AEP ein billardähnliches Spiel in den Mund und behauptete, daß niemand es fertigbrachte, es ihm gekunstet. Einer der Mitspieler wollte das Kunststück trotzdem — berücksichtig, hat eine lebenswichtige, entscheidende Aufgabe zu lösen. Es ist dieses die Aufgabe, in ein stabiles, die Interessen beider Völker berücksichtigendes, der Lage Deutschlands entsprechendes Verhältnis auch zur Sowjetunion zu kommen. In ihrer praktischen Politik aber stört die KPD die Lösung dieses Problems erheblich, indem sie durch eine Spaltungspolitik die Entwicklung einer Demokratie stützende Kraft erheblich behindert. Sie stört und hindert, indem sie sich zwar aktiv des Interesses der SU annimmt, aber auf die gleiche aktive Vertretung der spezifischen Interessen der deutschen arbeitenden Menschen und auf einen Ausgleich der beiderseitigen Interessen verzichtet. Sie handeln durch ihre Politik damit praktisch auch gegen die Interessen der SU selbst, in deren objektiven Interesse es nicht liegen kann, daß keine Kraft in Deutschland entsteht, die das Verhältnis SU-Deutschland positiv zu gestalten vermag.

Es scheint — wie vor 1933 — das Geschick der Kommunisten und der SU zu sein, den Ast abzuzügnen, auf dem sie sitzen.

Die geleitete Wirtschaft

Das Landwirtschaftsministerium von Württemberg-Baden hat Maßnahmen für die Erfassung von Getreide, Vieh und Oldfleisch ergriffen, die im Sinne einer verantwortungsbewußten Ernährungspolitik vollumfänglich anerkannt werden müssen. Wenn man weiß, daß in Württemberg-Baden bis jetzt nur 11 Prozent des Gesamtsojls von 18900 t an Brotgetreide zu Ablieferung vorhanden sind, so ist die Gesamteinfuhrmenge für die Westzonen nach dem Marshallplan mit 3,6 Millionen t für da laufende Wirtschaftsjahr festgelegt und nicht erhöht werden wird, so dürfte ohne weiteres klar sein, daß Mittel und Wege gefunden werden müssen, um die Ablieferung besser in Gang zu bringen.

Genau so, wenn nicht noch schlimmer, sieht es mit der Fleischversorgung aus, die nur mit 10 Prozent des Bedarfs oder mit 18000 t jährlich, durch Einfuhr gedeckt ist. Auch diese Einfuhrquote liegt nach dem Marshallplan fest und wird nur erhöht, wenn die Westzonen weniger Getreide benötigen, oder mit anderen Worten die Landwirtschaft mehr abliefern. Auch die Fleischlieferung ist auf den mindesten eine Preiskontrolle für lebenswichtige Bedarfsgegenstände mehr als gerechtfertigt erscheinen.

Man kann doch beispielsweise nicht weiter ruhig zusehen, daß nach dem neuen Schlachtwiegepreisen der Bauer für ein Stück Großvieh pro kg Lebendgewicht 1,30 DM erhält, während der Tierarzt dem freien Markt der Schlachtwiege 4,00 bis 4,50, ja sogar mit 8.— DM da ka bezahlt wird. Das kann man nicht mehr liberalistische Wirtschaftsmethode nennen sondern wirtschaftlicher Unfug dem unbedingt gesteuert werden muß.

Bei der heutigen Lage unseres Volkes und bei der vorherrschenden Demoralisierung weiterer Kreise desselben, können und dürfen wir nicht erwarten, daß ohne staatliche Lenkung die Preisunterschiede sich angleichen und einspielen. Unter allen Umständen ist es notwendig, daß die Preis für die Bedarfsgegenstände der landwirtschaftlichen Bevölkerung so gestaltet werden, daß dieselben im Einklang stehen mit den Preisen ihrer Erzeugnisse. Soll unsere Landwirtschaft lebensfähig bleiben und auch weiterhin die Rückgrat unserer Ernährung bilden, dann ist es zwingende Pflicht der maßgebenden Stellen, dafür zu sorgen, daß die Preise für landwirtschaftliche Geräte und sonstige Bedarfsgegenstände wie auch landwirtschaftliche Erträge die Höchstmöglichkeit dafür festgesetzt werden.

Nur wenn auf diese Art der Landwirtschaft ein Äquivalent geboten wird, dürfen die jetzt laufenden Maßnahmen des Landes und der Bundesregierung, von Württemberg-Baden von Fißig gekrönt sein. Mit Aufreihen und Androhen von Strafen ist es hier nicht mehr getan, sondern die Landwirtschaft mit Besehung, daß hinter diesen Maßnahmen die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung nicht verschlechtert werden darf. Die moralische Pflicht der Landwirtschaft zur Ablieferung ihrer Erzeugnisse dürfte dann nicht nur Vorbedingung für die Erzeugung von einigermassen reichhaltigen Lebensmitteln sein, sondern Kreislandwirt Kuhn, Langenbrücken

Das Landtagsauflösung einzuleiten, so ist die Lage heute wesentlich anders. Noch ist die Front aller Oppositionsparteien zur Erreichung dieses Zieles nicht geschlossen. Die CSU hat sich zwar bereit erklärt, im Gegenteil wehrt sich die SPD, etwa mit der KPD oder der Bayernpartei gemeinsam die Landtagsauflösung einzuleiten und macht ihr Volksbegehren von der politischen Position nicht abhängig. Es bleibt jedoch durch die von der CSU formulierten und fast unüberwindlichen Bestimmungen des bayerischen Landeswahlgesetzes, das auch Volksbegehren und Volkenscheide einschließt, sehr zweifelhaft, ob die SPD die notwendigen Massen hinter sich bringen wird. Sollten sich jedoch in irgend einer Form Möglichkeiten zu einem gemeinsamen Vorgehen der Opposition finden — und dies scheint notwendig zu sein, falls die oppositionellen Kräfte nicht auf die Erreichung ihres Zieles verzichten wollen, so steht eine Landtagsauflösung in Bayern bei den zur Zeit gegebenen Verhältnissen außer Zweifel. Da hierbei nicht nur die Kommunisten wieder in den Landtag einzubringen erwünscht, sondern auch als Schreckgespenst aller anderen Parteien eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Sitzen und noch mehr an Einfluß erringen würde, wäre nicht nur innenpolitisch eine Änderung der politischen Konstellation, sondern auch im außerbayerischen Raum eine veränderte Haltung in Richtung einer Verständigung des bayerischen Standpunktes zu erwarten. Allgemein werden in diesem Falle drei etwa gleich starke Parteien, nämlich CSU, SPD und Bayernpartei, die sich von einer neuerlichen Koalitionsregierung verabschieden.

Die Aussichten auf Neuwahlen sind schon deshalb nicht gering, weil sich bei der SPD, KPD und Bayernpartei für eine Auflösung des Landtags aussprechen und auch die kleineren Parteien aus parteipolitischen Gründen sich kaum auf die Seite der CSU schalten werden. Nimmt man noch hinzu, daß auch in Bayern sehr starke und bereits gut organisierte Pflichtlingsmassen in dieser Richtung arbeiten, so neigt sich das Schwerkergewicht der politischen Entwicklung absolut auf die Seite einer Bereinigung der Kräfteverteilung. Dabei ist es noch nicht einmal sicher, ob die sich in letzter Zeit unter dem Druck der Verhältnisse geschlossener zeigende CSU in dieser Frage einig bleibt, da ihre Geschlossenheit nicht darüber hinwegtäuschen darf, daß die politischen und persönlichen Gegensätze innerhalb der CSU nach wie vor bestehen. Die schon erwähnten steigenden sozialen Spannungen, wie sie sich u. a. auch in der immer heftiger werdenden Auseinandersetzung zwischen den bemerkbar machen. Könnten in der ganzen Frage ein überiges tun.

Stehet in Chicago fand kürzlich die AEP der Jahreskonferenz der amerikanischen Liga zum Schutze der Fußgänger statt. Er befaßte sich mit der Frage der Verkehrssicherung zu überlegen, in der harte Strafmassnahmen gegen wilde Autofahrer gefordert werden. Die Präsidentin der Tagung, Frau Hedra, erklärte, daß die Sicherheit der Fußgänger auf dem Nachhauseweg von einem Auto überfahren. Als sie in der Klinik wieder zu sich kam, waren ihre ersten Worte, daß sie sich eine Schindlung ihres Unfalles beifügen.

Sicher ist sicher, in Melbourne werden die AEP den Neugeborenen neuerdings ihre Namen auf die Fußsohlen tätowiert. Früher wurde er auf ein Stoffband geschrieben, das die Säuglinge um den Arm trugen. Das Verbot der Tätowierung ist jedoch nicht aus, daß es beim Zerreißen der Bänder zu Kinderwundchen kommen kann.

Siebstel in Pietermaritzburg in Südafrika nahm H. AEP ein billardähnliches Spiel in den Mund und behauptete, daß niemand es fertigbrachte, es ihm gekunstet. Einer der Mitspieler wollte das Kunststück trotzdem — berücksichtig, hat eine lebenswichtige, entscheidende Aufgabe zu lösen. Es ist dieses die Aufgabe, in ein stabiles, die Interessen beider Völker berücksichtigendes, der Lage Deutschlands entsprechendes Verhältnis auch zur Sowjetunion zu kommen. In ihrer praktischen Politik aber stört die KPD die Lösung dieses Problems erheblich, indem sie durch eine Spaltungspolitik die Entwicklung einer Demokratie stützende Kraft erheblich behindert. Sie stört und hindert, indem sie sich zwar aktiv des Interesses der SU annimmt, aber auf die gleiche aktive Vertretung der spezifischen Interessen der deutschen arbeitenden Menschen und auf einen Ausgleich der beiderseitigen Interessen verzichtet. Sie handeln durch ihre Politik damit praktisch auch gegen die Interessen der SU selbst, in deren objektiven Interesse es nicht liegen kann, daß keine Kraft in Deutschland entsteht, die das Verhältnis SU-Deutschland positiv zu gestalten vermag.

Es scheint — wie vor 1933 — das Geschick der Kommunisten und der SU zu sein, den Ast abzuzügnen, auf dem sie sitzen.

Das Landtagsauflösung einzuleiten, so ist die Lage heute wesentlich anders. Noch ist die Front aller Oppositionsparteien zur Erreichung dieses Zieles nicht geschlossen. Die CSU hat sich zwar bereit erklärt, im Gegenteil wehrt sich die SPD, etwa mit der KPD oder der Bayernpartei gemeinsam die Landtagsauflösung einzuleiten und macht ihr Volksbegehren von der politischen Position nicht abhängig. Es bleibt jedoch durch die von der CSU formulierten und fast unüberwindlichen Bestimmungen des bayerischen Landeswahlgesetzes, das auch Volksbegehren und Volkenscheide einschließt, sehr zweifelhaft, ob die SPD die notwendigen Massen hinter sich bringen wird. Sollten sich jedoch in irgend einer Form Möglichkeiten zu einem gemeinsamen Vorgehen der Opposition finden — und dies scheint notwendig zu sein, falls die oppositionellen Kräfte nicht auf die Erreichung ihres Zieles verzichten wollen, so steht eine Landtagsauflösung in Bayern bei den zur Zeit gegebenen Verhältnissen außer Zweifel. Da hierbei nicht nur die Kommunisten wieder in den Landtag einzubringen erwünscht, sondern auch als Schreckgespenst aller anderen Parteien eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Sitzen und noch mehr an Einfluß erringen würde, wäre nicht nur innenpolitisch eine Änderung der politischen Konstellation, sondern auch im außerbayerischen Raum eine veränderte Haltung in Richtung einer Verständigung des bayerischen Standpunktes zu erwarten. Allgemein werden in diesem Falle drei etwa gleich starke Parteien, nämlich CSU, SPD und Bayernpartei, die sich von einer neuerlichen Koalitionsregierung verabschieden.

Die Aussichten auf Neuwahlen sind schon deshalb nicht gering, weil sich bei der SPD, KPD und Bayernpartei für eine Auflösung des Landtags aussprechen und auch die kleineren Parteien aus parteipolitischen Gründen sich kaum auf die Seite der CSU schalten werden. Nimmt man noch hinzu, daß auch in Bayern sehr starke und bereits gut organisierte Pflichtlingsmassen in dieser Richtung arbeiten, so neigt sich das Schwerkergewicht der politischen Entwicklung absolut auf die Seite einer Bereinigung der Kräfteverteilung. Dabei ist es noch nicht einmal sicher, ob die sich in letzter Zeit unter dem Druck der Verhältnisse geschlossener zeigende CSU in dieser Frage einig bleibt, da ihre Geschlossenheit nicht darüber hinwegtäuschen darf, daß die politischen und persönlichen Gegensätze innerhalb der CSU nach wie vor bestehen. Die schon erwähnten steigenden sozialen Spannungen, wie sie sich u. a. auch in der immer heftiger werdenden Auseinandersetzung zwischen den bemerkbar machen. Könnten in der ganzen Frage ein überiges tun.

Stehet in Chicago fand kürzlich die AEP der Jahreskonferenz der amerikanischen Liga zum Schutze der Fußgänger statt. Er befaßte sich mit der Frage der Verkehrssicherung zu überlegen, in der harte Strafmassnahmen gegen wilde Autofahrer gefordert werden. Die Präsidentin der Tagung, Frau Hedra, erklärte, daß die Sicherheit der Fußgänger auf dem Nachhauseweg von einem Auto überfahren. Als sie in der Klinik wieder zu sich kam, waren ihre ersten Worte, daß sie sich eine Schindlung ihres Unfalles beifügen.

Sicher ist sicher, in Melbourne werden die AEP den Neugeborenen neuerdings ihre Namen auf die Fußsohlen tätowiert. Früher wurde er auf ein Stoffband geschrieben, das die Säuglinge um den Arm trugen. Das Verbot der Tätowierung ist jedoch nicht aus, daß es beim Zerreißen der Bänder zu Kinderwundchen kommen kann.

Siebstel in Pietermaritzburg in Südafrika nahm H. AEP ein billardähnliches Spiel in den Mund und behauptete, daß niemand es fertigbrachte, es ihm gekunstet. Einer der Mitspieler wollte das Kunststück trotzdem — berücksichtig, hat eine lebenswichtige, entscheidende Aufgabe zu lösen. Es ist dieses die Aufgabe, in ein stabiles, die Interessen beider Völker berücksichtigendes, der Lage Deutschlands entsprechendes Verhältnis auch zur Sowjetunion zu kommen. In ihrer praktischen Politik aber stört die KPD die Lösung dieses Problems erheblich, indem sie durch eine Spaltungspolitik die Entwicklung einer Demokratie stützende Kraft erheblich behindert. Sie stört und hindert, indem sie sich zwar aktiv des Interesses der SU annimmt, aber auf die gleiche aktive Vertretung der spezifischen Interessen der deutschen arbeitenden Menschen und auf einen Ausgleich der beiderseitigen Interessen verzichtet. Sie handeln durch ihre Politik damit praktisch auch gegen die Interessen der SU selbst, in deren objektiven Interesse es nicht liegen kann, daß keine Kraft in Deutschland entsteht, die das Verhältnis SU-Deutschland positiv zu gestalten vermag.

Es scheint — wie vor 1933 — das Geschick der Kommunisten und der SU zu sein, den Ast abzuzügnen, auf dem sie sitzen.

Das Landtagsauflösung einzuleiten, so ist die Lage heute wesentlich anders. Noch ist die Front aller Oppositionsparteien zur Erreichung dieses Zieles nicht geschlossen. Die CSU hat sich zwar bereit erklärt, im Gegenteil wehrt sich die SPD, etwa mit der KPD oder der Bayernpartei gemeinsam die Landtagsauflösung einzuleiten und macht ihr Volksbegehren von der politischen Position nicht abhängig. Es bleibt jedoch durch die von der CSU formulierten und fast unüberwindlichen Bestimmungen des bayerischen Landeswahlgesetzes, das auch Volksbegehren und Volkenscheide einschließt, sehr zweifelhaft, ob die SPD die notwendigen Massen hinter sich bringen wird. Sollten sich jedoch in irgend einer Form Möglichkeiten zu einem gemeinsamen Vorgehen der Opposition finden — und dies scheint notwendig zu sein, falls die oppositionellen Kräfte nicht auf die Erreichung ihres Zieles verzichten wollen, so steht eine Landtagsauflösung in Bayern bei den zur Zeit gegebenen Verhältnissen außer Zweifel. Da hierbei nicht nur die Kommunisten wieder in den Landtag einzubringen erwünscht, sondern auch als Schreckgespenst aller anderen Parteien eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Sitzen und noch mehr an Einfluß erringen würde, wäre nicht nur innenpolitisch eine Änderung der politischen Konstellation, sondern auch im außerbayerischen Raum eine veränderte Haltung in Richtung einer Verständigung des bayerischen Standpunktes zu erwarten. Allgemein werden in diesem Falle drei etwa gleich starke Parteien, nämlich CSU, SPD und Bayernpartei, die sich von einer neuerlichen Koalitionsregierung verabschieden.

Die Aussichten auf Neuwahlen sind schon deshalb nicht gering, weil sich bei der SPD, KPD und Bayernpartei für eine Auflösung des Landtags aussprechen und auch die kleineren Parteien aus parteipolitischen Gründen sich kaum auf die Seite der CSU schalten werden. Nimmt man noch hinzu, daß auch in Bayern sehr starke und bereits gut organisierte Pflichtlingsmassen in dieser Richtung arbeiten, so neigt sich das Schwerkergewicht der politischen Entwicklung absolut auf die Seite einer Bereinigung der Kräfteverteilung. Dabei ist es noch nicht einmal sicher, ob die sich in letzter Zeit unter dem Druck der Verhältnisse geschlossener zeigende CSU in dieser Frage einig bleibt, da ihre Geschlossenheit nicht darüber hinwegtäuschen darf, daß die politischen und persönlichen Gegensätze innerhalb der CSU nach wie vor bestehen. Die schon erwähnten steigenden sozialen Spannungen, wie sie sich u. a. auch in der immer heftiger werdenden Auseinandersetzung zwischen den bemerkbar machen. Könnten in der ganzen Frage ein überiges tun.

Stehet in Chicago fand kürzlich die AEP der Jahreskonferenz der amerikanischen Liga zum Schutze der Fußgänger statt. Er befaßte sich mit der Frage der Verkehrssicherung zu überlegen, in der harte Strafmassnahmen gegen wilde Autofahrer gefordert werden. Die Präsidentin der Tagung, Frau Hedra, erklärte, daß die Sicherheit der Fußgänger auf dem Nachhauseweg von einem Auto überfahren. Als sie in der Klinik wieder zu sich kam, waren ihre ersten Worte, daß sie sich eine Schindlung ihres Unfalles beifügen.

Das freie Wort

Herr Max Günther, Wurm bei Pforzheim, schreibt: Offener Brief! An den Herrn Finanzminister von Nord-Württemberg und Nord-Baden. Gelehrter Herr Minister! Ich erlaube mir, mich einmal auf dem Wege an Sie zu wenden, um eine Sache vorzutragen, die unbedingt einer Revision bedarf. Wir Kriegsverwehrene erheben auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen, wenn man 60% arbeitsfähig war, gleich als weicher Ursache, eine invalide oder Anstandslosenterte. Auf Grund des KB-Leistungsgesetzes fällt diese Besteuerung aus, wenn man 60% arbeitsfähig war, wird, wenn, obwohl der Beschädigte nach dem Invalidengesetz ein Anrecht darauf hat, man kann hier mit ruhigem Gewissen behaupten, daß die Besteuerung rechtlos ist. Gestatt uns diese Resente betrogen wird. Nun ist das KB-Leistungsgesetz am 1. 2. 1947 in Kraft getreten, aber die LVA, hat den Verwehrenden die Besteuerung nicht rückwirkend zurückerstattet, und legt noch eine Zahlkarte bei. Die Rückzahlungsbeträge belaufen sich fast durchschnittlich über 130 Mark. Ich erlaube mir, mich an Sie zu wenden, wie soll ein Verwehrender, der eine monatliche Vollrente von 90-100 Mark bezieht, eine derartige Rückzahlung leisten. Ist das nicht ein Betrag, der nicht groß genug ist, um für die Beschädigten überhaupt nicht mehr über die große Elend. Nicht nur, daß der Staat den Beschädigten ein neues wohnortverändern, sondern auch die Besteuerung nicht rückwirkend zurückerstattet, und legt noch eine Zahlkarte bei. Die Rückzahlungsbeträge belaufen sich fast durchschnittlich über 130 Mark. Ich erlaube mir, mich an Sie zu wenden, wie soll ein Verwehrender, der eine monatliche Vollrente von 90-100 Mark bezieht, eine derartige Rückzahlung leisten. Ist das nicht ein Betrag, der nicht groß genug ist, um für die Beschädigten überhaupt nicht mehr über die große Elend. Nicht nur, daß der Staat den Beschädigten ein neues wohnortverändern, sondern auch die Besteuerung nicht rückwirkend zurückerstattet, und legt noch eine Zahlkarte bei. Die Rückzahlungsbeträge belaufen sich fast durchschnittlich über 130 Mark. Ich erlaube mir, mich an Sie zu wenden, wie soll ein Verwehrender, der eine monatliche Vollrente von 90-100 Mark bezieht, eine derartige Rückzahlung leisten. Ist das nicht ein Betrag, der nicht groß genug ist, um für die Beschädigten überhaupt nicht mehr über die große Elend. Nicht nur, daß der Staat den Beschädigten ein neues wohnortverändern, sondern auch die Besteuerung nicht rückwirkend zurückerstattet, und legt noch eine Zahlkarte bei. Die Rückzahlungsbeträge belaufen sich fast durchschnittlich über 130 Mark. Ich erlaube mir, mich an Sie zu wenden, wie soll ein Verwehrender, der eine monatliche Vollrente von 90-100 Mark bezieht, eine derartige Rückzahlung leisten. Ist das nicht ein Betrag, der nicht groß genug ist, um für die Beschädigten überhaupt nicht mehr über die große Elend. Nicht nur, daß der Staat den Beschädigten ein neues wohnortverändern, sondern auch die Besteuerung nicht rückwirkend zurückerstattet, und legt noch eine Zahlkarte bei. Die Rückzahlungsbeträge belaufen sich fast durchschnittlich über 130 Mark. Ich erlaube mir, mich an Sie zu wenden, wie soll ein Verwehrender, der eine monatliche Vollrente von 90-100 Mark bezieht, eine derartige Rückzahlung leisten. Ist das nicht ein Betrag, der nicht groß genug ist, um für die Beschädigten überhaupt nicht mehr über die große Elend. Nicht nur, daß der Staat den Beschädigten ein neues wohnortverändern, sondern auch die Besteuerung nicht rückwirkend zurückerstattet, und legt noch eine Zahlkarte bei. Die Rückzahlungsbeträge belaufen sich fast durchschnittlich über 130 Mark. Ich erlaube mir, mich an Sie zu wenden, wie soll ein Verwehrender, der eine monatliche Vollrente von 90-100 Mark bezieht, eine derartige Rückzahlung leisten. Ist das nicht ein Betrag, der nicht groß genug ist, um für die Beschädigten überhaupt nicht mehr über die große Elend. Nicht nur, daß der Staat den Beschädigten ein neues wohnortverändern, sondern auch die Besteuerung nicht rückwirkend zurückerstattet, und legt noch eine Zahlkarte bei. Die Rückzahlungsbeträge belaufen sich fast durchschnittlich über 130 Mark. Ich erlaube mir, mich an Sie zu wenden, wie soll ein Verwehrender, der eine monatliche Vollrente von 90-100 Mark bezieht, eine derartige Rückzahlung leisten. Ist das nicht ein Betrag, der nicht groß genug ist, um für die Beschädigten überhaupt nicht mehr über die große Elend. Nicht nur, daß der Staat den Beschädigten ein neues wohnortverändern, sondern auch die Besteuerung nicht rückwirkend zurückerstattet, und legt noch eine Zahlkarte bei. Die Rückzahlungsbeträge belaufen sich fast durchschnittlich über 130 Mark. Ich erlaube mir, mich an Sie zu wenden, wie soll ein Verwehrender, der eine monatliche Vollrente von 90-100 Mark bezieht, eine derartige Rückzahlung leisten. Ist das nicht ein Betrag, der nicht groß genug ist, um für die Beschädigten überhaupt nicht mehr über die große Elend. Nicht nur, daß der Staat den Beschädigten ein neues wohnortverändern, sondern auch die Besteuerung nicht rückwirkend zurückerstattet, und legt noch eine Zahlkarte bei. Die Rückzahlungsbeträge belaufen sich fast durchschnittlich über 130 Mark. Ich erlaube mir, mich an Sie zu wenden, wie soll ein Verwehrender, der eine monatliche Vollrente von 90-100 Mark bezieht, eine derartige Rückzahlung leisten. Ist das nicht ein Betrag, der nicht groß genug ist, um für die Beschädigten überhaupt nicht mehr über die große Elend. Nicht nur, daß der Staat den Beschädigten ein neues wohnortverändern, sondern auch die Besteuerung nicht rückwirkend zurückerstattet, und legt noch eine Zahlkarte bei. Die Rückzahlungsbeträge belaufen sich fast durchschnittlich über 130 Mark. Ich erlaube mir, mich an Sie zu wenden, wie soll ein Verwehrender, der eine monatliche Vollrente von 90-100 Mark bezieht, eine derartige Rückzahlung leisten. Ist das nicht ein Betrag, der nicht groß genug ist, um für die Beschädigten überhaupt nicht mehr über die große Elend. Nicht nur, daß der Staat den Beschädigten ein neues wohnortverändern, sondern auch die Besteuerung nicht rückwirkend zurückerstattet, und legt noch eine Zahlkarte bei. Die Rückzahlungsbeträge belaufen sich fast durchschnittlich über 130 Mark. Ich erlaube mir, mich an Sie zu wenden, wie soll ein Verwehrender, der eine monatliche Vollrente von 90-100 Mark bezieht, eine derartige Rückzahlung leisten. Ist das nicht ein Betrag, der nicht groß genug ist, um für die Beschädigten überhaupt nicht mehr über die große Elend. Nicht nur, daß der Staat den Beschädigten ein neues wohnortverändern, sondern auch die Besteuerung nicht rückwirkend zurückerstattet, und legt noch

Reiselustige stürmten einen Zug

Eine kleine Sensation auf dem Karlsruher Hauptbahnhof

Auf dem Bahnsteig zwischen Gleisen und zehnhundert Aufnahmen...

Die Karlsruher, die hier auf Reisen gingen, waren vor allem Studenten, Theaterleute und Flüchtlinge...

Schluß der Debatte!

Der Haus- und Grundbesitzerverein... Wir werfen der Gebäudeversicherungsanstalt nicht nur eine Umgehung des Währungsgesetzes vor...

Während bislang ein Jahresbeitrag in 2 Raten bezahlt wurde, verlangt die Gebäudeversicherungsanstalt jetzt 2 Jahresbeiträge in 1 Rate...

In dem württembergischen Landsteil wurden jetzt nach einer Erhöhung 50 Deutsche Pfennig für 1000 DM Versicherungssumme erhoben...

Während die Gebäudeversicherungsanstalt in ihrer Veröffentlichung nur allgemein von Brandgeschädigten der Kriegs- und Nachkriegszeit redet...

Nach unseren Informationen ist es leider nicht richtig, daß der erweiterte Verwaltungsrat gehört wurde...

Im Artikel vom 16. ds. Mts. wird angeführt, daß die Versicherungsumlage...

KURZE STADTNOTIZEN

Clara Faßt

Mag sie die jüngere Generation vielleicht nicht mehr kennen haben, weil sie andere Wege geht...

Die Treibstoffausgabe für Dezember 1943 erfolgt ab Montag, 29. 11. in der ehemaligen Grandierkaserne...

„Eine neue Baukonstruktion“

Die Stadtverwaltung nimmt zu den Plänen von Dipl.-Ing. Mauritius Stellung... Schon nach dem ersten Weltkrieg wurden „neue Bauweisen“ massenhaft propagiert...

Durch die Kriegserstörungen sind innerhalb der Stadt leider genug Baupläne frei geworden, ebenso besitzt Karlsruhe im Belorheimer und Mühlburger Feld eine große Baugleisreserve...

Der Erzbischöfliche Oberstiftsrat in Freiburg und der Evangelische Oberkirchenrat in Karlsruhe teilen u. a. mit: Die Kirchensteuer vom Einkommen wurde in den Jahren 1942 bis 1945 für beide Bekenntnisse mit dem Satz von 12 bzw. 10 v. H. der Einkommensteuer...

Versammlungskalender der Parteien... SPD: Knieblingen, 25. 11., 20.00 Uhr, Rose, Mitgliederversammlung...

Diebesgut in der Beinprothese

Wieder ein Posträuber abgeurteilt

Zunächst sah es aus, als sei die Verhandlung der Strafkammer I gegen den Postschaffner H. und vier Mitangeklagte die einfachste Sache von der Welt...

Aber auch diesmal trotz wieder der Schein. Sämtliche Beteiligten schwächten nämlich ihre bei früheren Vernehmungen abgegebenen Geständnisse...

Deutsche Demokratie vom Ausland betrachtet

Der Vorsitzende der Liberaldemokratischen Vereinigung der Deutschen in der Schweiz, Dr. Wolfgang Glaeser...

„Die hohe Route“... Die „Naturstudien“ versammelt sich am 24. 11. im Studentenhaus, wo Jakob Blaimer...

Radio Stuttgart sendet:

Samstag, 27. November... 6.00 Morgenchoral, 7.00 Gymnastik, 8.00 Nachrichten...

Wie wird das Wetter?... Wetterbericht v. Amt für Wetterdienst Kfhe... Trocken, weitere Nachfröste...

Rheinwasserstände... 23. Nov., Konstanz 268 (-2), Breisach 104 (-10), Kehl 157 (+4), Maxau 318 (+4)...

Der Herr des Fünfecks

Krimiautor von Peter Paul Braum • Nachdruck Promethée-Verlag

Kurz danach entführte Danby Roger in ein Nebenzimmer, wo ein Buffet mit Getränken aufgestellt war...

Roger wandte sich rasch um und sah in die grauen Augen der Russin, die ihn und Danby von der Schwelle zum Nebenzimmer aus beobachtet zu haben schien...

„Treten Sie nur näher“ sagte sie mit einer einladenden Handbewegung... „Treten Sie nur näher“ sagte sie mit einer einladenden Handbewegung...

